

Kerstin Celina, MdL, Katharina Schulze, MdL –  
Maximilianeum – 81627 München

Bayerische Staatskanzlei  
Bayerisches Ministerium für Gesundheit und Pflege  
Bayerisches Ministerium für Familie, Arbeit und  
Soziales

---

ABGEORDNETE

Kerstin Celina  
Ausschuss für Gesundheit und Pflege  
Ausschuss für Arbeit und Soziales, Ju-  
gend und Familie

Katharina Schulze  
Fraktionsvorsitzende  
Sprecherin für Inneres

München, den 06.04.2020

## **Offener Brief – Präsenz-Gebärdensprachdolmetscher\*innen bei Pressekonferenzen der Staatsregierung**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder,  
sehr geehrte Frau Staatsministerin Huml,  
sehr geehrte Frau Staatsministerin Trautner,

in Zeiten der Krise spielt eine gute und transparente Informationspolitik eine entscheidende Rolle sowohl bei Aufklärung und Schutz der Bevölkerung als auch im Hinblick auf die allgemeine Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen. Hierbei gilt es insbesondere die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung in den Blick zu nehmen, die durch unterschiedliche soziale und kommunikative Barrieren in der gleichberechtigten Teilhabe – auch an Informationen – eingeschränkt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag begrüßt ausdrücklich die Bemühungen der Staatsregierung in dieser Hinsicht – beispielsweise die Verfügbarkeit von Informationen in Leichter Sprache auf der Webseite des Sozialministeriums oder die Übersetzung in Gebärdensprache per Livestream. Wir sehen hier jedoch noch eine entscheidende Lücke: die Pressekonferenzen der Bayerischen Staatsregierung sollten live durch Präsenzdolmetscher\*innen in Gebärdensprache übersetzt werden. Nur so wird sichergestellt, dass Informationen gehörlose Menschen unmittelbar und in Echtzeit über das Fernsehen und vor allem auch diejenigen erreicht – ältere und damit aktuell besonders gefährdete Personen – die im Umgang mit Internet und Livestreams nicht geübt sind.

In der derzeitigen Coronakrise stellen fehlende Informationen ein Gesundheitsrisiko dar. Die UN-Behindertenrechtskonvention regelt in den Artikeln 9 „Zugang“ und 25 „Gesundheit“ ganz klar die staatliche Verantwortung, barrierefreie Information und gleichberechtigte Gesundheitsvorsorge zu gewährleisten. Insofern darf diese Lücke nicht dem Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen überlassen werden, sondern der Staat muss handeln. Wir bitten Sie hiermit, dieses wichtige Anliegen von gehörlosen Menschen auf Landesebene aufzugreifen und sich zugleich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass auch hier entsprechende Vorkehrungen getroffen werden. Das Vorgehen des Robert-Koch-Instituts, das simultane Übersetzung in Gebärdensprache eingeführt hat, kann hierbei als Vorbild dienen.

Über Ihre Rückmeldung freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüßen



Kerstin Celina, MdL  
Sprecherin für Sozialpolitik und Inklusion



Katharina Schulze, MdL  
Fraktionsvorsitzende